



Die Finanzkrise hat die Stahlindustrie erreicht

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Dr.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Carl-Dieter Wuppermann
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Stahlinstitut VDEh

Pressegespräch am 7. November 2008
anlässlich STAHL 2008 in Düsseldorf

Einleitung

Das **Motto** der Jahrestagung STAHL 2008 lautet „**Leistung für morgen**“. Damit wendet sich die Veranstaltung einem wichtigen Thema zu: Welches sind die Voraussetzungen, um auch in Zukunft industriell in Deutschland erfolgreich zu sein? Das ist angesichts der Auswirkungen der Finanzmarktkrise ein notwendiger Ansatz. Denn gerade jetzt sollte das im Mittelpunkt stehen, was die Industrie erfolgreich macht und auch in Zukunft nachhaltiges Wachstum trägt.

1. Finanzkrise lässt Stahlindustrie nicht unberührt

Die vergangenen Jahre waren in der Stahlindustrie die wachstumsstärkste Zeit seit den 70er Jahren (**Bild 1**). Weltweit haben die Stahlnachfrage wie auch die Produktion seit 2002 um jährlich etwa **8 Prozent zugelegt**. Eine Normalisierung dieser außergewöhnlich hohen Zuwachsraten war auch ohne die aktuelle konjunkturelle Situation zu erwarten.

Der Stahlmarkt in Deutschland hat an diesem Boom in hohem Maße partizipiert. So ist die Marktversorgung hierzulande zwischen 2002 und 2007 jährlich um durchschnittlich etwa **4,5 Prozent gestiegen (Bild 2)**. Der Umsatz hat sich von 25 Milliarden auf knapp 50 Milliarden im selben Zeitraum nahezu verdoppelt.

Die Finanzkrise hat aber inzwischen auch die Stahlindustrie erreicht: Nach der Sommerpause hat sich die Nachfrage weltweit abgekühlt. Darin spiegelt sich einerseits der **nachlassende Bedarf** in wichtigen Kundenbranchen wider. Vor allem aber führt die erhöhte **konjunkturelle Verunsicherung** zu einem vorsichtigeren Bestellverhalten bei Stahlverarbeitern und Stahlhändlern. Die meisten Stahlunternehmen haben reagiert und - je nach Region und Produktionsprogramm unterschiedlich - ihre Produktion zurückgenommen. Daher wird die Weltrohstahlproduktion im letzten Quartal dieses Jahres erstmals seit 1998 voraussichtlich zurückgehen.

Auch der **deutsche Stahlmarkt** kann sich dieser globalen Entwicklung nicht entziehen. Die Auswirkungen spiegeln sich allerdings noch nicht vollständig in den vorliegenden Konjunkturdaten wider. So lagen die **Auftragseingänge** im dritten Quartal noch immer in etwa auf Vorjahreshöhe (**Bild 3**). Über den Zeitraum Januar bis September gesehen übersteigen sie ihre Vorjahreswerte mit einem Zuwachs von über 8 Prozent noch immer merklich. Infolge dessen wurden auch die **Auftragsbestände** von den Stahlwerken in Deutschland in der letzten Konjunkturumfrage des ifo Instituts in München vom Oktober weiter als überdurchschnittlich hoch eingestuft.

Insgesamt stellt sich die Lage auf dem deutschen Markt im Vergleich zu vielen anderen Märkten noch relativ robust dar: Die **Rohstahlproduktion** lag in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres – hochgerechnet auf das Gesamtjahr – bei hohen 48,1 Millionen Tonnen (**Bild 4**). Unter Berücksichtigung eines voraussichtlich schwächeren vierten Quartals dürfte die Produktion bei etwa 47,5 Millionen Tonnen auskommen. Dies sind etwa 2 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Vergleich zu früheren Jahren ist dieses Produktionsvolumen jedoch ein guter Wert, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass 2008 die Roheisenproduktion durch eine hohe Anzahl von „Hochofenzustellungen“ eingeschränkt wurde. Damit wird unsere bisherige Prognose leicht nach unten revidiert. Bislang sind wir von 48,5 Millionen Tonnen Rohstahlproduktion für 2008 ausgegangen. Die Marktversorgung wird 2008 als Folge der Ausläufer der Finanzmarktkrise um 1 Prozent auf knapp 43 Millionen Tonnen (**vgl. Bild 2**) sinken.

Der Zuwachs der Stahlnachfrage in Deutschland wird nach 2007 mit 5,7 Prozent in diesem Jahr nochmals um 2 Prozent steigen, bedingt vor allem durch die jüngste Entwicklung im **Straßenfahrzeugbau**, auf die etwa ein Anteil von 25 Prozent am gesamten Stahlbedarf entfällt. Für andere Branchen, etwa den **Maschinenbau**, die **Metallwaren**, den **Stahlbau** oder die **Stahlröhren** wird jedoch auch für die kommenden Monate ein hohes Produktionsvolumen erwartet. Stützend wirkt sich ebenso aus, dass in

Deutschland – anders als in vielen anderen Ländern – die Konjunktur im **Bauhauptgewerbe** nicht durch eine Immobilienkrise belastet wird.

Der Blick auf die nächsten Monate ist in einem ungewöhnlich hohen Maß mit **Unsicherheiten** behaftet. Dies war ein Grund, warum vor wenigen Wochen der Weltstahlverband Worldsteel keine Prognose für das nächste Jahr herausgegeben hat. Erste Klarheit gibt es erst, wenn sich die Lage auf den Finanz- und Kreditmärkten stabilisiert. Im ersten Quartal 2009 wissen wir sicher mehr.

Für die Stahlindustrie lässt sich jedoch feststellen: Der **globale Stahlmarkt** wird weiter von – moderatem – Wachstum geprägt sein. Die gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten in wichtigen Schwellenländern, insbesondere in Ostasien, flachen sich zwar ab, bleiben aber hoch (**Bild 5**). In **China** dürfte der Stahlbedarf im kommenden Jahr einen kräftigen Impuls aus den zu erwartenden **Konjunktur stimulierenden Maßnahmen** der Zentralregierung erhalten. In der Vergangenheit haben diese vor allem der chinesischen **Bauindustrie** geholfen, was knapp die **Hälfte** des chinesischen Stahlbedarfs ausmacht.

2. Stahlindustrie ist auf einen Abschwung vorbereitet, mittelfristige Perspektiven sind weiter intakt

Insgesamt deuten die zurzeit vorliegenden Konjunkturprognosen einerseits auf einige schwierige Monate hin. Andererseits bieten sie aber auch keine Grundlage für einen überbordenden Pessimismus. Auf den Stahlmarkt wirken sich stützend vor allem die folgenden Zusammenhänge aus:

- Der **Abschwung trifft die Industrie nicht unvorbereitet**. Die Stahlhersteller haben die vergangenen guten Jahre dazu genutzt, wie die anderen Industriebranchen, ihre Bilanzstruktur zu verbessern. So zeigt eine aktuelle Auswertung unseres Betriebswirtschaftlichen Instituts Stahl (**Bild 6**), dass die **Finanzverschuldung** sich demzufolge – trotz hoher Sachinvestitionen und zahlreicher Fusionen – auf einem

niedrigen Niveau bewegt. Damit steht die Stahlindustrie auf einem soliden finanziellen Fundament.

- Die **Strukturen auf den globalen Stahlmärkten** sind heute aufgrund der **Konsolidierung** und der effizienteren **Kapazitätsauslastung** wesentlich wetterfester als noch zu Beginn des Jahrtausends (**Bild 7**): Hinzu kommt, dass der Anteil der Fixkosten auch aufgrund permanenter Effizienzsteigerungen deutlich gesenkt wurde. Damit können die Stahlwerke flexibler auf Nachfrageschwankungen reagieren. Insgesamt sind die Unternehmen heute besser in der Lage, auch in einem konjunkturell schwierigen Umfeld profitabel wirtschaften zu können.
- **Die mittelfristigen Perspektiven für die Industrie** sind weiter intakt: Die Pro-Kopf-Verwendung von Stahl ist gerade in den Wachstumszentren dieser Welt unverändert niedrig (**Bild 8**). Außerdem benötigt die weltweite Suche nach energieeffizienten Lösungen in Schwellen- und Industrieländern gewaltige Mengen Stahl. Das mittelfristige Wachstum auf den Stahlmärkten dürfte daher auch in den kommenden Jahren über dem der Weltwirtschaft liegen, das der Internationale Währungsfonds auf etwa 4 Prozent veranschlagt. Der gegenwärtige Abschwung ist auch von dieser Seite her begrenzt.

Die **Stahlhersteller in Deutschland** haben durch **massive Investitionen** die Voraussetzungen geschaffen, um auch künftig an diesem zu erwartenden Wachstum partizipieren zu können. Das **Investitionsvolumen am Standort Deutschland (Bild 9)** hat sich von etwa 800 Millionen Euro 2004 auf über 1,6 Milliarden Euro im letzten Jahr verdoppelt. 2008 ist aufgrund mehrerer Großprojekte, wie den Hochofenzustellungen in Duisburg, Salzgitter, Bremen oder Eisenhüttenstadt, ein erneuter Anstieg auf voraussichtlich mehr als 2 Milliarden Euro zu erwarten.

3. Die konjunkturellen Herausforderungen verstärken bestehende Problemlagen

Gestiegene Finanzierungskosten und ein sich abschwächender Bedarf erhöhen den Druck auf die **chinesische Stahlindustrie**, unrentable, veraltete und die Umwelt belastende Kapazitäten stillzulegen. Der Anteil der drei größten Unternehmen an der chinesischen Rohstahlproduktion liegt weiterhin nur bei knapp über 15 Prozent (**Bild 10**). Damit ist die chinesische Regierung noch weit von ihren eigenen Restrukturierungszielen entfernt, die sie bereits im Jahre 2005 formuliert hat, nämlich Stilllegung veralteter Kapazitäten und Konsolidierung der Branche. Es ist zu begrüßen, wenn die chinesische Stahlindustrie diese Aufgaben vor dem Hintergrund der Finanzkrise nun verstärkt angehen will.

Die **chinesische Stahlindustrie** darf allerdings nicht ihre ungelösten Strukturprobleme in gut aufgestellte Stahlmärkte exportieren. In den vergangenen Monaten sind die chinesischen Exporte wieder auf alte Höhen geschneit (**Bild 11**). Eine strikte und konsequente Umsetzung der europäischen „Trade Defense Instruments“ gegen gedumpte und/oder subventionierte Importe ist erforderlich. Alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, dass auch in diesen Zeiten die Regeln der WTO in allen Ländern beachtet werden. Neuer offener oder versteckter Protektionismus rund um den Globus würde keinesfalls die Lösung der Problemstellungen fördern, sondern massiv behindern. Mehr denn je sind die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten gefordert, Schutz vor unfairem Wettbewerb im Rahmen der WTO-Vorgaben zu gewähren.

Eine veränderte Problemstellung besteht auch mit Blick auf die **Rohstoffkosten**, die infolge des Stahlbooms in den vergangenen Jahren in ungeahnte Höhen gestiegen sind. Insbesondere die Bergbaukonzerne hatten die Preisschraube bei **Eisenerz** und **Kokskohle** exorbitant angezogen. Bei einigen Einsatzstoffen mit kurzfristiger Preisbindung, wie **Schrott** oder einigen **Legierungsmitteln**, haben sich in jüngster Zeit die Preise aufgrund des

verlangsamten Wachstums auf den globalen Stahlmärkten auch schon ein Stück weit von ihren historischen Höchstständen entfernt. Bei den Massenrohstoffen Eisenerz und Kokscoke, die auf der Basis von Jahresverträgen kontrahiert werden, sollte es aufgrund der veränderten Marktlage im kommenden Jahr ebenfalls zu Entlastungen kommen. Die hohen Abschlüsse vom Beginn dieses Jahres stehen aber noch in den Büchern. Mittelfristig werden die Rohstoffkosten wohl nicht auf ihre früheren Werte zurückfallen.

4. Die Politik darf das Investitionsklima nicht zusätzlich belasten – keine Versteigerung der Emissionsrechte

Es gibt kein europäisches Gesetzgebungsverfahren, das die Stahlindustrie derzeit vor größere Herausforderungen stellt als die geplante Revision der Richtlinie für den **Emissionshandel nach 2012**. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollen Unternehmen künftig alle Rechte für den Ausstoß von Treibhausgasen ersteigern – die Stromversorger bereits ab 2013, die Industrie mit zunehmendem Anteil bis zum Jahr 2020. Noch im Dezember soll in Brüssel eine politische Entscheidung zum Emissionshandel fallen.

Wenn die Novelle der Emissionshandelsrichtlinie wie vorgeschlagen umgesetzt wird, hätte dies schwerwiegende **Folgen für den Industriestandort** Deutschland und Europa. Die Stahlindustrie wäre doppelt betroffen: Einerseits müssten die Unternehmen Emissionsrechte zu hohen Kosten selbst ersteigern, andererseits müssten sie deutlich mehr Geld für Strom bezahlen. Diesen Kostenschock kann die Stahlindustrie im Wettbewerb mit außereuropäischen Konkurrenten nicht auffangen. Die Stahlindustrie hätte ab 2020 mindestens **2,3 Milliarden Euro** im Jahr zusätzlich zu verkraften (**Bild 12**). Dabei unterstellen wir einen Zertifikatspreis von nur 35 Euro; wahrscheinlich wird er viel höher liegen. Hinzu kommen noch die zu erwartenden Strompreiserhöhungen. Wir benötigen auch in Zukunft eine 100 Prozent kostenlose Zuteilung der Zertifikate. Dies gilt nicht zuletzt auch für Emissionen, die bei der Stromgewinnung aus unseren Prozessgasen aus Hochofen, Stahlwerk und Kokerei entstehen. Diese energetische Verwertung

von Kuppelgasen, die bei der Eisen- und Stahlerzeugung zwangsläufig anfallen, ist ökologisch höchst effizient und ein Beitrag zum Klimaschutz. Denn indem die Stahlindustrie daraus Strom erzeugt und selbst verbraucht, werden Brennstoffe wie Kohle oder Erdgas eingespart und zusätzliche Emissionen vermieden. Die damit verbundenen Emissionen machen rund die Hälfte der Emissionen eines Hüttenwerks aus (**Bild 13**).

Außerdem fordert die Stahlindustrie eine **Kompensation** für die nochmals ansteigenden Strompreise. Das gilt besonders für die Elektrostahlwerke, die Stahl vor allem mit Hilfe von Strom und Schrott herstellen. Der Anteil von Stahlschrott an der Stahlerzeugung liegt in Deutschland bei 22 Millionen Tonnen oder rund 45 Prozent, davon rund 16 Millionen Tonnen in den Elektrostahlwerken. Durch das Schrottreycling werden in Deutschland über 24 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen im Jahr eingespart.

Wir wollen den Klimaschutz, aber die von der EU geforderte **Treibhausgasreduktion von weiteren 21 Prozent** von 2005 bis 2020 ist für die Stahlindustrie aufgrund ihrer prozessbedingten Emissionen nicht darstellbar. Zudem hat sie durch Prozessverbesserungen der letzten Jahre, wie die CO₂-Reduktion von minus 15,8 Prozent seit 1990, ihre Potenziale im Sinne des Klimaschutzes heute weitgehend ausgeschöpft. Nach den Entscheidungen im Industrie- und Umweltausschuss des Europäischen Parlaments müssen wir befürchten, dass die industrielle Realität der energieintensiven Branchen in Brüssel nicht hinreichend wahrgenommen wird. Wenn die EU-Kommission den Emissionshandel in der vorgeschlagenen Form beibehält, werden in Deutschland Investitionen in die Erweiterung der Rohstahlerzeugung unwahrscheinlich. Die Politik darf nicht das durch die Finanzkrise ohnehin schwieriger gewordene Investitionsklima zusätzlich belasten. Die Bundesregierung hat das verstanden. Nun gilt es, die europäischen Institutionen davon zu überzeugen.

5. STAHL 2008

Anlass für das heutige Pressegespräch ist die Jahrestagung STAHL 2008. Mit rund **3.900 Anmeldungen** stößt diese Veranstaltung zum Thema „Leistung für morgen“ weltweit wieder auf größtes Interesse. Sie ist in Europa die größte ihrer Art.

Zentral ist der **Stahltag am Freitag**, 14.11. Es sind Reden des NRW-Ministerpräsidenten Dr. Jürgen **Rüttgers** über den „Standort der Zukunft“ sowie des Japaners Hajime **Bada**, Präsident und CEO von JFE Steel Corporation, des drittgrößten Stahlunternehmens der Welt, über die Herausforderungen für die Stahlindustrie und die Lösungen von JFE vorgesehen. In der **Podiumsdiskussion** wird die Frage gestellt, wie die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse beschaffen sein müssen, um auch in der Zukunft Leistung zu erbringen. Teilnehmer sind u. a. Prof. Dr. Hans-Werner **Sinn**, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, und Dr. Patrick **Adenauer**, Präsident Die Familienunternehmer – ASU.

Auf einige Aspekte der **Stahldialoge am Donnerstag**, 13.11. möchte ich besonders hinweisen:

- Der kohlenstoffbasierte Hochofenprozess ist der zentrale CO₂-Emittent bei der Stahlerzeugung (**Bild 14**). Derzeit wird an einem kleinen Versuchshochofen der LKAB bei MEFOS in Schweden ein Prozess erprobt, der die CO₂-Emissionen verringern soll. Bei diesem Verfahren wird das Gichtgas des Hochofens vom CO₂ befreit und anschließend in den Prozess zurückgeführt. Erste Untersuchungen haben eine stabile Fahrweise nachgewiesen. Der nächste Schritt ist die praktische Erprobung dieser alternativen Hochofenvariante in einem für mehrere Jahre angesetzten Feldversuch in einem Stahlunternehmen. Dazu sind Investitionen in Höhe von mehr als 300 Millionen Euro notwendig. Ob dieser Prozess allerdings großtechnisch und wirtschaftlich realisierbar sein wird, ist offen.

- Jedes **Energieerzeugungssystem** – ob konventionell oder regenerativ – stellt seine ganz besonderen **Anforderungen an den Werkstoff Stahl**. Widersprüchliche Eigenschaftskombinationen (hohe Zähigkeit bei niedrigsten Temperaturen, hohe Festigkeit bei höchsten Temperaturen) müssen ebenso gemeistert werden wie extreme Forderungen (hohe Betriebsfestigkeit unter aggressiver Korrosionsbelastung). Neben den fossil befeuerten Kraftwerken und dem Fusionsreaktor werden die Werkstoffanforderungen bei modernen Wind- und Wasserkraftwerken sowie bei Biokraftwerken und solarthermischen Kraftwerken im Stahldialog diskutiert (**Bild 15**).

Die Steigerung des Wirkungsgrades ist das oberste Ziel für die Weiterentwicklung von Technologien für alle vorgestellten Energieerzeugungssysteme. So erfordern fossil befeuerte Kraftwerksgenerationen mit dem Fernziel „Nahe-Null-Emission“ aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegenüber heutiger Planung deutlich höhere Wirkungsgrade. Um aber Wirkungsgrade von über 60 Prozent bei Gaskraftwerken und von über 50 Prozent bei Dampfkraftwerken zu erreichen, müssen Betriebstemperaturen und –drücke deutlich angehoben werden. Hier sind neue Stahlwerkstoffe erforderlich, damit Dampfeintrittstemperaturen von über 700 °C und Dampfdrücke von über 300 bar über Betriebsdauern von mehr als 200.000 Stunden möglich werden.

- Als Folge der weltweiten Expansion der Stahlindustrie haben sich die meisten **Stahl-Rohstoffe** dramatisch verteuert (**Bild 16**). So verfünffachten sich die Preise für Eisenerz seit 2003; die Preise für Kokskohle versechsfachten sich sogar. Diese Entwicklung ist nicht nur bedarfsgetrieben. Die oligopolistischen Angebotsstrukturen (drei Viertel des Übersee-Eisenerzhandels liegen in der Hand von drei Bergbaukonzernen), Verzögerungen beim geplanten Kapazitätsausbau großer Bergbauprojekte und temporäre Lieferausfälle tragen auch dazu bei.

Rohstoffexperten aus Wissenschaft und Praxis beleuchten sowohl die aktuelle Situation auf den Rohstoffmärkten als auch die mittelfristigen Trends bei Angebot und Nachfrage. Im zweiten Teil des Stahldialoges analysieren Experten sowohl die kurzfristigen Auswirkungen der Abschwächung des globalen Wachstums auf die Stahlmärkte in Osteuropa und der GUS sowie im Mittleren Osten als auch deren mittelfristige Perspektiven.

Zusammenfassung

Die Finanzkrise lässt auch die Stahlindustrie in Deutschland nicht unberührt. Konkrete Auswirkungen lassen sich noch nicht vollständig abschätzen. Die Stahlindustrie hat sich aber auf einen Abschwung vorbereitet. Zudem ist die mittelfristige Perspektive der Branche weiterhin intakt. Damit die Stahlindustrie in Deutschland weiter diese Wachstumschancen ergreifen kann, braucht sie gerade in dieser Situation verlässliche politische Rahmenbedingungen. So bedürfen die Pläne der Europäischen Kommission deutlicher Korrekturen, wenn industrielle Wertschöpfung und Wachstum in Europa weiter möglich sein sollen.